SPD im Kreis Offenbach, Donnerstag, 15. Juni 2023

Einigung im Heizungsstreit! Soziales und klimafreundliches Heizen wird möglich

Nach einem Treffen mit Bundeskanzler Scholz (SPD) gibt es eine Einigung im Heizungsstreit. "Damit können wir unser Ziel erreichen, das Gesetz noch vor der Sommerpause zu verabschieden", sagte der Odenwälder Bundestagsabgeordnete Dr. Jens Zimmermann (SPD). Das Gebäudeenergiegesetz soll den Weg bis 2045 für klimaneutrales Heizen ebnen. Dazu soll möglichst jede neue Heizung mit mindestens 65 Prozent erneuerbaren Energien betrieben werden. Gestritten wurde insbesondere über einen zu einseitigen Fokus auf Wärmepumpen, sowie der Umgang mit Bestandsgebäuden und alten Heizungen.

"Die Aufgabe der SPD ist es, den sozialen Ausgleich zu finden, ohne die Klimaziele in Frage zu stellen", sagte Zimmermann. "Uns war besonders wichtig, dass niemand durch das Gesetz überfordert oder in wirtschaftliche Nöte gebracht wird."

Konkret sollen die folgenden Änderungen eingebracht werden: Die Vorgaben zum Einbau klimafreundlicher Heizungssysteme sollen ab 2024 zunächst vor allem in Neubaugebieten gelten. In Bestandsgebäuden sollen die wesentlichen Vorgaben erst wirksam werden, wenn eine kommunale Wärmeplanung vorliegt. So bekommen mehr Haushalte die Chance sich an die Fernwärme anschließen zu lassen. Investitionen in klimaneutrale Heizungen werden durch den Bund gefördert und Härtefälle ausreichend berücksichtigt. Beim Umstieg auf klimaneutrale Heizungssysteme werden alle klimafreundlichen Optionen gleichwertig behandelt egal ob Wärmepumpe, Holz oder Pellets. Zimmermann ist überzeugt: "am Ende werden alle von Klimaschutz diesem Gesetz profitieren".